

## Ansicht:

In einer Medienmitteilung kritisiert die SVP das Budget 2005, das der Stadtrat neulich präsentiert hat. Um es ausgeglichen zu gestalten, habe man die Einnahmen den Ausgaben angepasst, mutmasst Gemeinderat Hanspeter Wegmüller. Er ist ferner der Ansicht, die vom Stadtrat eingesetzten Einnahmen im Budget 2005 entsprängen einem Wunschdenken. Verschiedene Posten seien nämlich derzeit noch nicht kalkulierbar. So etwa die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, die Pflögetaxen, die Zahlungen vom Kanton sowie die geplante Steuererhöhung und Lohnsenkung. Die SVP will das Budget daher an den Stadtrat zurückweisen – «mit dem Auftrag, ein realistisches Budget mit mehr oder weniger gesicherten Einnahmezahlen vorzulegen». nm.

## Schwarz auf weiss und doch falsch.



Zum Artikel «Der Trick mit der Steuerberechnung» im «Stadtblatt» vom 14. Oktober: Journalistinnen und Journalisten gehen offensichtlich davon aus, dass was schwarz auf weiss gedruckt ist, auch wahr ist. Verständlich, müssten sie doch sonst an ihrem eigenen Berufsstand zweifeln. Trotzdem: Nicht alles, was in der Zeitung steht, ist auch richtig, das weiss wohl niemand besser, als wer sich immer wieder mit seinen eigenen Aussagen in den gedruckten Medien zitiert oder sinngemäss wiedergegeben sieht. Das geht dann (im konkreten Fall) so: Ein Journalist des «Tages-Anzeigers» macht mit mir ein Interview. Es geht dabei um den viel diskutierten fingierten Steuerflüchtling, den der «Beobachter» erfand, um zu eruieren, wie viele Steuern dieser in verschiedenen Schweizer Städten zu bezahlen hätte. Gewitzt durch Erfahrungen (siehe oben) lasse ich mir das Interview zum Gegenlesen geben. Das von mir abgeseignete Interview wird anschliessend nach Zürich in die Redaktion übermittelt, wo es – offensichtlich aus Platzgründen – gekürzt wird; leider ohne Rücksicht auf Verluste respektive die Richtigkeit von Aussagen.

Jedenfalls reibe ich mir anderntags erstaunt die Augen, als ich unter anderem folgenden Satz, den ich nie gesagt habe, lese: «Das Beispiel mit 65 000 Franken Steuern bei 230 Millionen Franken Vermögen und 14 Millionen Franken Einkommen hat uns der Kanton berechnet.» Der Kanton hat uns nie ein Beispiel errechnet, und das hat auch nie jemand behauptet! Richtig ist, dass wir uns bei der Berechnung unseres Beispiels auf die Berechnungsgrundlagen des Kantons stützten, weil er es ist, der die Voraussetzungen und Bedingungen für pauschale Besteuerungen festlegt. Das hindert die Chefredaktorin des «Stadtblatts», Nicole Meier, nicht daran, auf dieser falschen Aussage einen ganzen Artikel aufzubauen und mich dabei indirekt der Lüge zu bezichtigen. Bei mir rückgefragt hat sie dabei nie. Ich habe wegen der Falschaussage und anderen massiven Eingriffen am Interview beim «Tages-Anzeiger» interveniert, aber leider darauf verzichtet, explizit eine Berichtigung zu verlangen. Als Politiker sieht man sich schnell einmal dem Vorwurf ausgesetzt, mühsam und kleinlich zu sein. Ich jedenfalls habe entsprechende Töne schon des Öftern vernommen und

bemühe mich deshalb um eine gewisse Grosszügigkeit gegenüber unrichtigen Darstellungen nach dem Motto «Die Karawane zieht vorbei ...» Ernüchternd ist es dann allerdings schon festzustellen, dass sich Journalistinnen und Journalisten offensichtlich gegenseitig blind vertrauen und einfach abschreiben, was von den Kolleginnen und Kollegen in anderen Zeitungen publiziert wird. So wird dann eine Falschaussage von Medium zu Medium weitergetragen, und irgendwann glauben alle, sie sei wahr. Ich appelliere deshalb an alle Journalistinnen und Journalisten, im Interesse der Berufsehre, der Wahrheit und der Fairness, authentische Aussagen einzuholen bei ihren Recherchen. Grundsätzlich wäre zur Sache mit den Steuerflüchtigen und verständlicherweise durchaus ein Interesse an vermögenden Personen hat, die sich in unserer Stadt niederlassen, allerdings nur an solchen, die auch entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessen Steuern bezahlen.

**Ernst Wohlwend**, Stadtpräsident Winterthur.

# Die Schweiz schützen. Briefe.

Vor rechtsextremen Erscheinungen in der SVP wurde schon 1999 intensiv gewarnt. Damals sahen allerdings nur wenige voraus, dass 2004 Christoph Blocher mit seiner autoritär und doktrinär geführten Volkspartei nicht mehr weit von der Machtergreifung in der Schweiz stehen würde. Mit einer polemischen, alles herunterreissenden Politik haben Blocher und seine Trabanten die Schweiz in den vergangenen Jahren unregierbar gemacht. Die Zerrissenheit des Bundesrates ist das Resultat der verheerenden Politik, die auf Egoismus als Lebensselbstzweck gründet. Die soziale Verantwortung lehnen diese Gesellen ab, obwohl diese in der Geschichte der Schweiz einen hohen Stellenwert hatte und ein wesentlicher Grund für den Zusammenhalt des Staates war. Die sonst geschichtsbeflissenen Ideologen von

rechts blenden diesen Aspekt der solidarischen Schweiz aus. Gleichzeitig wurde der Weg durch die Institutionen erfolgreich vorangetrieben. Die Qualität der Mandatsträger war oft bescheiden. Wichtig bei der Auswahl waren ihre stramme Rechtsgläubigkeit und der Gehorsam gegenüber den Parteigewaltigen. Die Institutionen wurden unaufhörlich angegriffen und von innen unterwandert, wie das die KPDSU in der Sowjetunion und die NSDAP in Deutschland vorexerziert haben. Es ist Zeit, die Schweiz als Land der Freiheit vor dieser totalitären Bewegung zu schützen und ihre Gefährlichkeit für unsere Demokratie aufzuzeigen. Gefordert sind Wirtschaftsführer, Gewerkschafter und Intellektuelle, um die liberal organisierte Gesellschaft zu stärken.

**Pierre Bocion**, Stein am Rhein.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und sehr erwünscht! Auch Feedback auf redaktionelle Artikel und Kolumnen, die im «Stadtblatt» erschienen sind, wird selbstverständlich gerne publiziert. Die Redaktion behält es sich auf diesen Seiten allerdings vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und gegebenenfalls zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

**Redaktion & Verlag.**

## Motzen ist out, Schweigen ist in.



Internezzo.

Es herrscht momentan eine volksmeinungsverachtende und abzockende Stimmung in der Politik. Und diese hat natürlich Einfluss auf die Menschen, ihre Finanzen, ihre Freizeit und ihre direktdemokratischen Rechte. Während ja bekanntlich in Winterthur die Steuern steigen, die Löhne der städtischen Angestellten sinken und für 3,8 Millionen Franken ein Bauernhof in Zell neu gebaut wird, schafft sich die Stadt nun als neue Geldesel drei zusätzliche Radarkästen an.

■ ■ ■  
So soll noch mehr Bussengeld in die marode Stadtkasse fliessen, nämlich 6,2 Millionen Franken im Jahr. Flankiert werden die blechernen Geldesel übrigens von mehr Polizeikontrollen

in der Altstadt und in den Aussenquartieren. Auch sind ja private Hilfssheriffs von der Stadt fleissig am Bussenverteilen. So viel zum Thema Abzocken beim Steuerzahler und weniger Geld im Portemonnaie.

■ ■ ■  
Mit mehr Geld im Portemonnaie hätte man sich vielleicht ein Ticket für die EM 08 in Zürich kaufen können. Aber die grünen und linken Politikerinnen haben diesem Freizeitvergnügen frühzeitig das Grab geschaufelt, sodass man mindestens dafür gar kein Geld ausgeben kann. Die EM kommt sehr wahrscheinlich nicht nach Zürich, und es wird gar die Durchführung der EM in der Schweiz überhaupt in Frage gestellt. Eine verpasste Chance für die Schweiz. Nun werden wir von der grossen weiten Welt belächelt, weil es die Schweiz nicht einmal schafft, in der Weltstadt Zürich ein Stadion für die EM zu bauen. So viel zum Thema weniger Spiel und Spass. Ich habe ja immerhin noch die Saisonkarte des AC Milan, wo ich am Sonntag ungestört das Derby zwischen der AC Milan und Inter Mailand schauen kann. Es wäre aber falsch zu meinen, man könnte auch in der Politik selbständig und

freiheitlich handeln, indem man wie beim Fussball die Sache selbst in die Hand nimmt und Tickets fürs San-Siro-Stadion, die Bierkurve auf der Schützenwiese oder für den Hardturm kauft. Nein, in der Politik sagen Sie zwar Nein, die Politiker meinen aber, sie hätten nicht Nein gesagt, sondern Sie seien nur verwirrt gewesen wegen der Abstimmungspropaganda. Man will Ihnen erklären, warum das Volk dieses Mal eben nicht Recht hatte beziehungsweise die direkte Demokratie nicht funktioniert hat. Denn die Plakate haben Sie irritiert, und Sie haben die Fakten übersehen. Darum muss am besten gleich die Abstimmung wiederholt werden.

■ ■ ■  
Nein, das Volk hat die Vorlagen zur erleichterten und automatischen Einbürgerung deutlich abgelehnt. Und statt über die Bücher zu gehen und sich zu fragen, warum das Volk Nein gesagt hat, gibt man der gegnerischen Kampagne Schuld. Und natürlich Christoph Blocher, da er geschwiegen hat. Meinen Sie, wenn er die Ergebnisse kommentiert hätte, hätten die Doris Leuthards & Co. zu seinem Kommentar geschwiegen?

■ ■ ■  
**Natalie Rickli.**

Zitat: \_\_\_\_\_

«Es gibt mittlerweile viele SVP-Ständeräte, die den Fraktionssitzungen fernbleiben.» Als Gast im StadTalk vom letzten Donnerstag bezog CVP-Präsidentin Doris Leuthard nicht nur Stellung zur eigenen Politik, sondern auch zur Rolle der SVP. Die erwähnten Ständeräte hätten es satt, sich auf den Blocher'schen Hardlinerkurs trimmen zu lassen, sagte sie. Was ihre eigene, in den letzten Jahren stark geschwächte Partei betrifft, so will die neue Präsidentin auf einen liberal-sozialen Kurs setzen, welcher der Wirtschaft Entfaltung erlaubt, aber auch ein soziales Netz für die schwächeren Glieder der Gesellschaft bietet. In Bezug auf das CVP-Kernthema Familie setzt Leuthard auf ein zeitgemässes Familienbild, das neuen Formen Rechnung trägt und vor allem das Kind ins Zentrum rückt. **nm.**

## Idee:

Wenn Autonome demonstrieren, nähren sie ihre Aggressionen gerne durch den Aufmarsch der Polizei. Das macht den Anschein, als würden sie nur **randalieren, um sich gegen die «blaue Gefahr» zu wehren.** Katz-und-Maus-Spiel nennt sich das. Um dem ein Ende zu setzen, formuliert das «Stadtblatt» eine romantische Idee: Wenn die Katze (die Polizei) gar nicht auftaucht, haben die Mäuse keinen Vorwand, um Radau zu machen. Wenn sich stattdessen die Katzen als Mäuse verkleiden und alle gemeinsam demonstrieren würden, gäbe es bald keine Faschos mehr auf der Welt, keinen Kapitalismus und keine Ungerechtigkeit. Nur noch eine paradiesische kleine «Müüsliburg». Vielleicht dürften dann die Katzen im Mäusepelz gelegentlich die Krallen ausfahren, um die Burg zu verteidigen. **nm.**

# Die Demokratie geht vor.

Unter oben erwähntem Titel hat sich Rudolf Friedrich (dessen Beiträge ich übrigens seit einiger Zeit sehr schätze) im «Stadtblatt» vom 7. Oktober zum Verbandsbeschwerderecht geäussert: Dieses sei in unserer Demokratie systemwidrig. Ich habe mich gewundert und konnte es kaum glauben, dass ihm in der Ausgabe einen Donnerstag später niemand widersprochen hat. Dabei soll es nicht bleiben. «Das Volk hat gesprochen, basta» – mit dieser Auffassung von Demokratie ist Herr Friedrich leider nicht allein. Die fast heilige Bedeutung, die man da dem Wort Souverän manchmal angedeihen lässt, ist gefährlich. Sie beruht auf zwei Denkfehlern: 1. Mehrheitsbeschlüsse sind immer nur eine Notlösung (ideal wären einstimmig getroffene Entscheide), eine Abstimmung dürfte erst vorge-

nommen werden nach gewalteter Diskussion, in der eine grossmehrheitlich akzeptierte Vorlage gefunden wurde. Abstimmungen, die mit 51 oder 55 Prozent «gewonnen» werden, sind eine unschöne Sache. (Besonders stossend ist es, dass zudem sehr oft die gleichen Teile der Nation, zum Beispiel die Linken oder die Welschen, zu jenen 45 oder 49 Prozent gehören, die verloren haben.) Unser Konkordanzsystem müsste sich eigentlich bestens dazu eignen, ausgewogene Vorlagen zu entwickeln. 2. Auch Mehrheitsbeschlüsse stehen nicht zuoberst. Die Mehrheit, selbst wenn sie einstimmig wäre, hat nicht das Recht, gegen die Menschenrechte, gegen die Verfassung oder gegen früher erlassene Gesetze zu verstossen. Das sollte eigentlich für jeden Juristen klar sein. Für die Überprüfung, ob

allenfalls ein Mehrheitsentscheid rechtswidrig sei, sind die Gerichte eingesetzt. Wenn Herr Friedrich meint, eine «mehr oder weniger zufällig zusammengesetzte und in keiner Weise demokratisch legitimierte Organisation» beurteile diese Frage – er hat den VCS im Auge –, so ist das ein Irrtum. Der Verband beurteilt nicht, er verlangt lediglich die Beurteilung durch die demokratisch eingesetzten Gerichte. Und wir wissen ja: Wo kein Kläger ist, ist kein Richter. Das Verbandsbeschwerderecht ist eine gute Sache. Wir dürfen es uns von den gewinnorientierten Kreisen nicht abkaufen lassen. Es stärkt die Schwachen; es stärkt die Natur (die sonst keine Lobby hat); es stärkt die Rechtmässigkeit. Tatsächlich: Die Demokratie geht vor.

Alfred Vogel, Winterthur.

# Moderne Armut in der Schweiz.

Laut einer Statistik hat die Armut in der Schweiz zugenommen. Kein Wunder, wenn Konzernchefs tausende von Angestellten auf die Strasse stellen, um ihre Millionensaläre sicherzustellen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer grösser und hat ihren Anfang schon während der Hochkonjunktur genommen, weil die Lohnerhöhungen immer in Prozenten, statt in Beträgen gewährt wurden. Der Grund meines Leserbriefes liegt jedoch nicht in dieser Richtung, aber gesagt muss auch dies sein. Zum Schreiben bewogen hat mich eine kürzlich gemachte Beobachtung. Da habe ich zugesehen, wie so ein «armes Kind» Guetzli auf der Spielwiese verstreut hat, die es vermutlich im Überfluss von seinen Eltern bekommen hat. Zum Teil das schönste Spielzeug müssen diese Kinder oft haben und tragen nicht einmal Sorge dazu. Man bekommt ja schon wieder Neues via Sozialamt. Wenn man sich auf den Kehrriechplätzen etwas umscha-

so stellt man fest, dass gerade von den «armen Ausländern» ganze Brote und Zöpfe in die Alteisenumulde geworfen werden, wo sie übrigens nicht hingehören ... Wenn dann diese «armen Kinder» den Wunsch nach einem Hund haben, so müssen sie ihn auch bekommen, denn das Sozialamt zahlt ja so weit ich orientiert bin noch Zulagen für Hunde. Wenn dann das «arme Kind» grösser wird, so muss es selbstverständlich auch ein Natel haben, und die «armen Eltern» respektive das Sozialamt zahlen dann bis zu 200 Franken monatlich für das Gequatsche, das da gesendet wird. Wenn dann das «arme Kind» volljährig wird, so muss ein Auto her, die Autoverkäufer sind ja sofort bereit, dafür Kredit zu gewähren. Ich selbst habe die Armut von früher Kindheit an zu spüren bekommen, wie ich es auch in meinem Buch beschrieben habe. Huhn, Fuchs, Dachs und vielleicht einmal ein Hasenpfeffer Marke Miau-Pum waren unser Fleisch. Brot oder

andere Lebensmittel wegzuerwerfen, wäre uns gar nie in den Sinn gekommen. Man konnte nicht einfach beim Sozialamt Geld abholen, und Arbeitslosenkassen gab es damals auch noch nicht. Was allerdings besser war, bei uns in den Bergen kannte man noch echte Nachbarschaftshilfe und nicht Neid und Missgunst. Auch als ich nach meiner Pensionierung Hilfsgüter nach Rumänien transportierte, habe ich dort wahre Armut gesehen. Wenn Familien mit zehnteiliger und mehr Kindern am Nachmittag bis zu unserem Besuch noch nichts zu essen gehabt haben und die Kinder, wenn sie zum Essen kamen, zuerst den Bauch zuschnüren mussten, dass nicht so viel hinunterging. Unsere Sozialämter täten gut daran, etwas mehr zu kontrollieren, wofür sie das Geld ausgeben und nicht aufgrund ausgefüllter Formulare mit der Giesskanne zu verteilen und hinterher zu jammern, wenn sie zu wenig haben.

Niklaus Amacker, Winterthur.